

Vorlagenummer: 2025/267 **Vorlageart:** Berichtsvorlage

Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Kreisverwaltung; Dachgeschossausbau Gebäude 2 zu Büroräumen

Federführung: Gebäudewirtschaft

Produkte: 111-320 Liegenschaftsverwaltung / Gebäudemanagement

Beratungsfolge

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Hochbau (Kenntnisnahme)	04.11.2025	Ö
Ausschuss für Hochbau (Kenntnisnahme)	09.09.2025	Ö

Beschlussvorschlag:

Berichtsvorlage - Beschlussfassung nicht erforderlich.

Sachverhalt:

Nach Anmietung eines Bürogebäudes in der Konrad-Zuse-Allee 10 ist seitens der Politik eine Arbeitsgruppe "Strategische Raumbedarfsplanung" ins Leben gerufen worden, die sich seitdem mit dem künftigen Immobilienportfolio der Kreisverwaltung auseinandersetzt. Ziel der strategischen Raumbedarfsplanung ist insbesondere die perspektivische Abmietung angemieteter Büroflächen.

Neben der Erprobung neuer Arbeitsplatzmodelle ("Coworking") im Zuge der abgeschlossenen Dienstvereinbarung über Mobiles Arbeiten beim Landkreis Lüneburg wurde insbesondere auch der Neubau eines neuen Verwaltungsgebäudes hinter dem Verkehrsamt (Gebäude 6) geprüft. Auf eine entsprechende Bauvoranfrage hin hat die Hansestadt Lüneburg dafür mit Bescheid vom 07.05.2025 einen positiven Bauvorbescheid erteilt. Dieser liegt der Vorlage zur Kenntnisnahme an.

Weiter wurden alle Bestandsimmobilien des Landkreises rund um die Michaeliskirche noch einmal auf mögliche Ausbaureserven hin überprüft. Aktuell wird das Dachgeschoss des Gebäudes 2 ("Neubau") ausschließlich als Hausmeisterwerkstatt und Archiv genutzt. In diesem Jahr ist durch den Einbau eines neuen Aufzuges auch das Dachgeschoss barrierefrei erschlossen worden. Nachdem die Hansestadt Lüneburg als zuständige Untere Denkmalschutzbehörde im Mai 2025 signalisiert hat, dass aus denkmalpflegerischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken gegen den Einbau von Gauben in der Dachfläche des Gebäudes 2 bestünden, ist das Architekturbüro q:arq aus Lüneburg beauftragt worden, mögliche Ausbauvarianten zu prüfen. Die seitens der Verwaltung zu favorisierende Ausbauvariante liegt der Vorlage an. Entstehen könnten dort bis zu 50 Büroarbeitsplätze mit zugehörigen Archivflächen und ein Besprechungsraum. Gegenüber einem Neubau könnte bei dieser Lösung bereits vorhandene Bausubstanz nachhaltig ausgebaut genutzt werden.

Die Hausmeisterwerkstatt soll gemäß der Planung für ein neues Garagen- und Werkstattgebäudes dorthin umziehen (siehe Vorlage 2025/266). Als zu meisternde Herausforderung stellt sich die vorher zu organisierende und umzusetzende Digitalisierung des Archivs dar. Insbesondere für die Bauakten, für die gemäß § 17 Abs. 2 der Niedersächsischen Bauvorlagenverordnung seitens der Bauaufsichtsbehörden eine Aufbewahrungspflicht von 2 Jahren über den Abbruch oder die Beseitigung der baulichen Anlage hinaus besteht, gilt es eine Lösung zu finden. Daran wird aktuell bereits gearbeitet.

Die vorläufige Grobkostenschätzung beläuft sich auf rd. 3.500.000 €. Vorgesehen ist, für den Haushalt



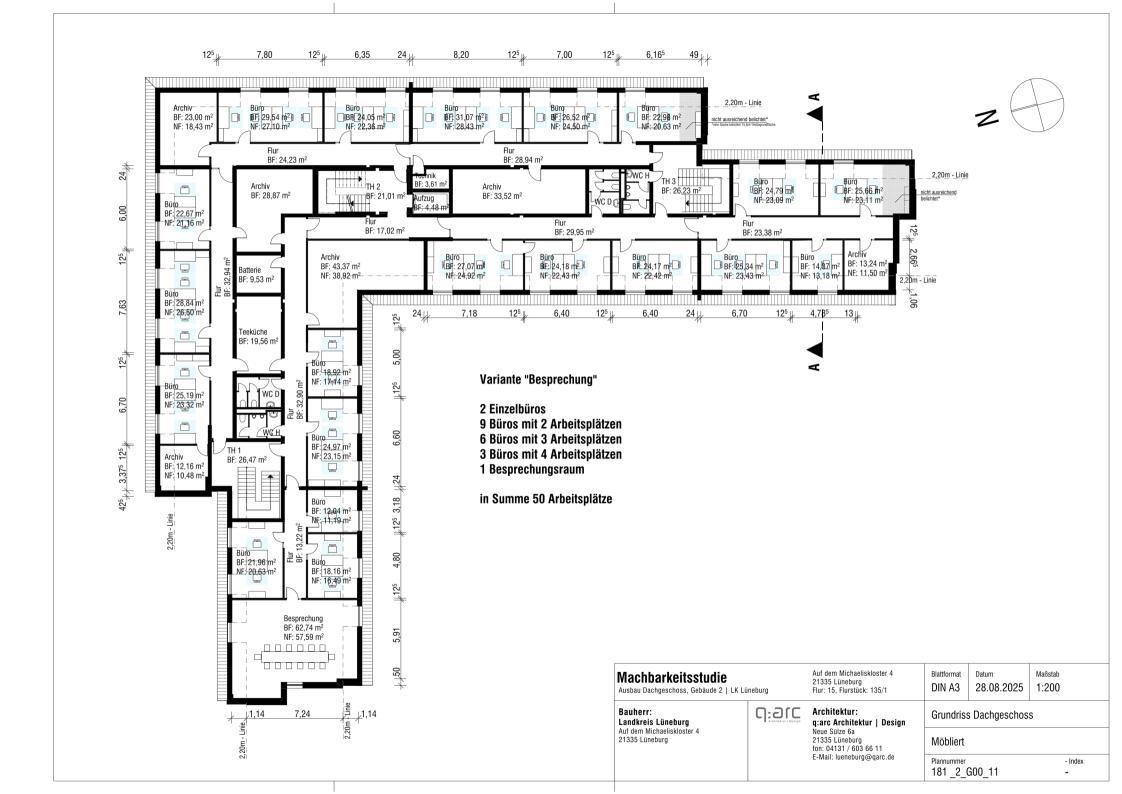
2026 einen Planungsansatz von 300.000 € anzumelden und für die Finanzplanung 2027/2028 die Baukosten von 3.200.000 € einzustellen. Daneben müsste ein Ansatz für die ohnehin anzustrebende Digitalisierung der dort gelagerten Akten eingeplant werden.

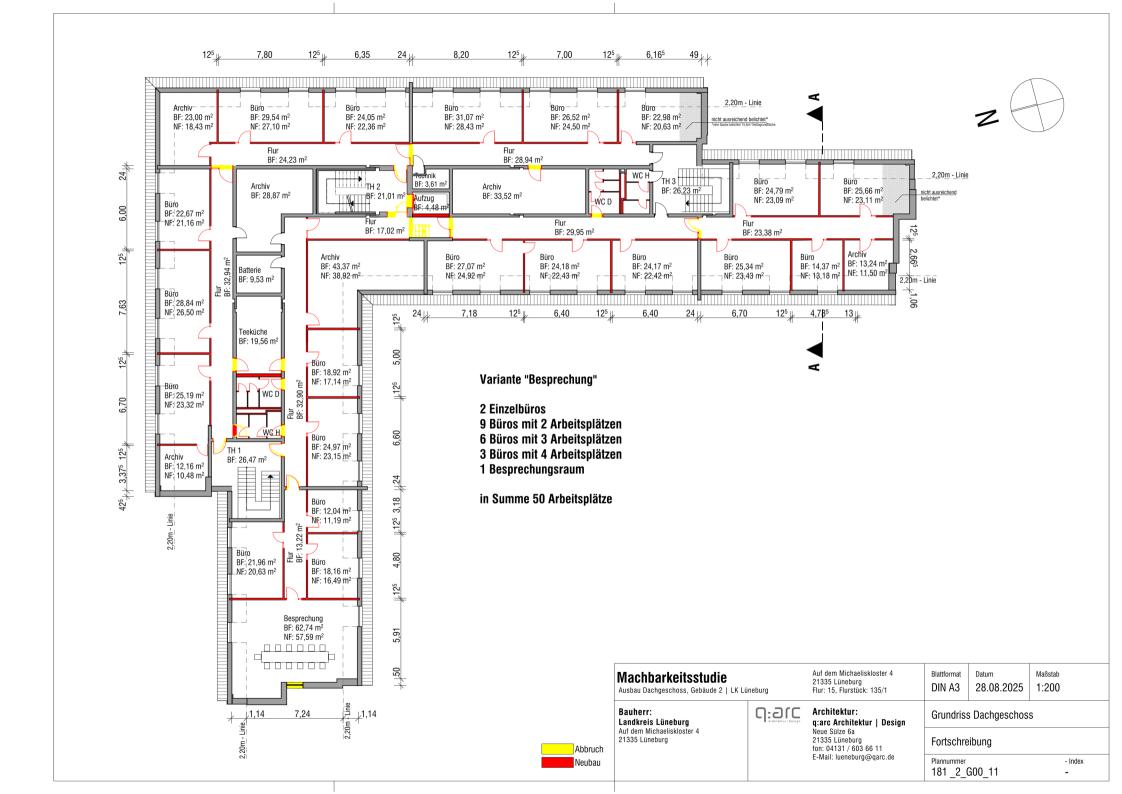
Die Verwaltung wird dazu in der Sitzung noch weiter vortragen.

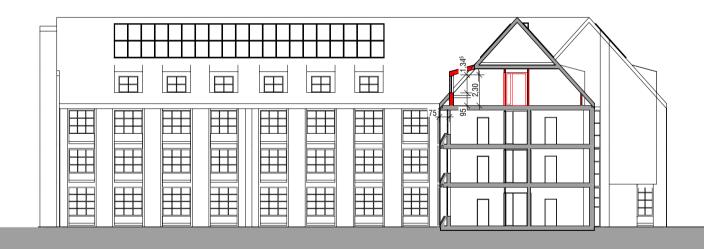
a)	nzielle Auswirkungen: für die Umsetzung der Maßnahmen: 3.500.000 €				
b)	an Folgekosten:	155.784 € p.a.			
c)	Haushaltsrechtlich gesichert:				
	⊠im Haushaltsplan vei	ranschlagt			
	☐durch überplanmäßige/außerplanmäßige Ausgabe				
	☐durch Mittelverschieb Begründung:	oung im Budget			
	☐Sonstiges:				
d) mögliche Einnahmen: wenn ja, umsatzsteuerliche Relevanz der Einnahmen:					
	⊠ja – Einsparung von	Mietausgaben in Höhe von ca. 128.000 € p.a.			
	□nein				
	∐klärungsbedürftig				
	check: r eine Klimawirkung hat das Vorl	naben?			
□stark	positive Klimawirkung				
⊠posit	ive Klimawirkung				
∐keine	e oder geringe Klimawirkung				
□nega	itive Klimawirkung				
□stark	negative Klimawirkung				
Ergebnis des KlimaChecks (in Tabellenform) einfügen:					



- Anlage/n
 1 250828_Ausbau Dachgeschoss, Gebäude 2_Machbarkeit Fortschreibung (öffentlich)
- 2 Gesamtgenehmigung Bauvorbescheid (öffentlich)







Machbarkeitsstudie

Ausbau Dachgeschoss, Gebäude 2 | LK Lüneburg

Bauherr: Landkreis Lüneburg Auf dem Michaeliskloster 4

21335 Lüneburg

Carchitectur | Design

Architektur: q:arc Architektur | Design Neue Sülze 6a

Auf dem Michaeliskloster 4

21335 Lüneburg Flur: 15, Flurstück: 135/1

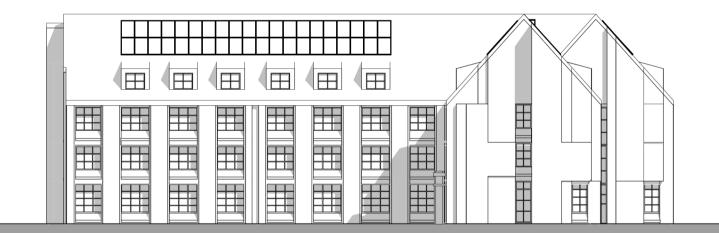
Neue Sülze 6a 21335 Lüneburg fon: 04131 / 603 66 11 E-Mail: lueneburg@qarc.de Querschnitt A-A

Plannummer - Index 181 _2_SAA_20 -





Ansicht Nord | M. 1:200



Ansicht Süd | M. 1:200

Machbarkeitsstudie

Ausbau Dachgeschoss, Gebäude 2 | LK Lüneburg

Landkreis Lüneburg

Auf dem Michaeliskloster 4 21335 Lüneburg

Auf dem Michaeliskloster 4 21335 Lüneburg Flur: 15, Flurstück: 135/1

q:arc Architektur | Design

Architektur:

Neue Sülze 6a

21335 Lüneburg fon: 04131 / 603 66 11 E-Mail: lueneburg@garc.de

U:91C

Datum 28.08.2025

Maßstab 1:200

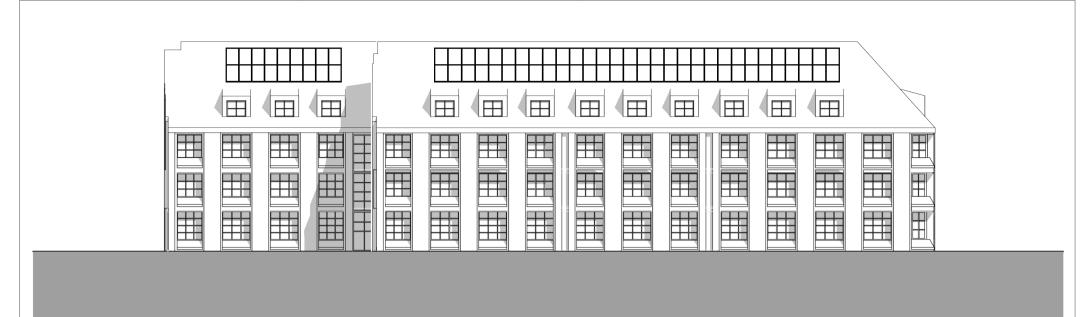
Ansicht Nord, Ansicht Süd

Plannummer

Blattformat

DIN A3

- Index 181 _2_ANS_30



Ansicht Ost | M. 1:200



Ansicht West | M. 1:200

Machbarkeitsstudie

Ausbau Dachgeschoss, Gebäude 2 | LK Lüneburg

Landkreis Lüneburg Auf dem Michaeliskloster 4 21335 Lüneburg

Auf dem Michaeliskloster 4 21335 Lüneburg Flur: 15, Flurstück: 135/1

U:9(C

Blattformat

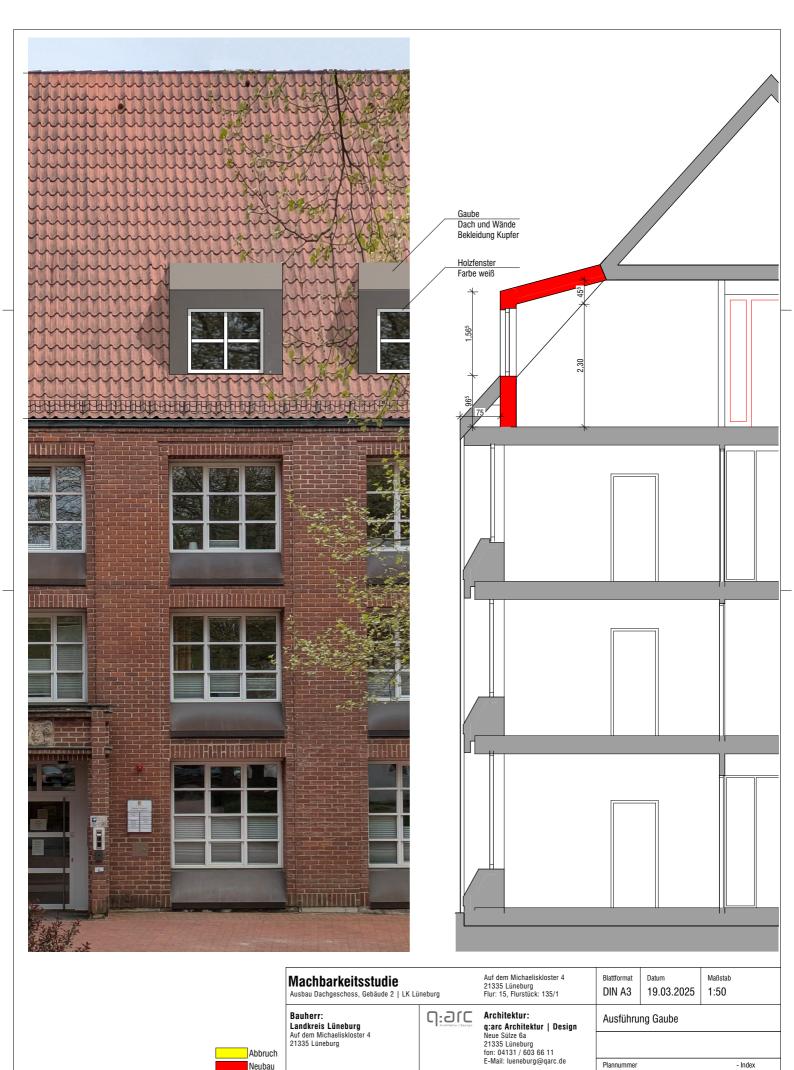
DIN A3

Datum 28.08.2025 Maßstab 1:200

Architektur: q:arc Architektur | Design

Neue Sülze 6a 21335 Lüneburg fon: 04131 / 603 66 11 E-Mail: lueneburg@garc.de Ansicht Ost, Ansicht West

Plannummer - Index 181 2 AOW 31



Plannummer 181 _2_DET_400

- Index

Abbruch Neubau



Bauvorbescheid

Vorhaben:

Neubau eines Verwaltungsgebäudes

Aktenzeichen: 63-2025-0003-02 Antragsteller: Landkreis Lüneburg

Grundstück: 21339 Lüneburg, Neuetorstraße

Gemarkung: 1516

Flur-Flurstück: Flur: 5, Flurstück(e): 128/11, 149/5

Bauaufsicht und Denkmalpflege

Neue Sülze 35

21335 Lüneburg

Bauvorbescheid Aktenzeichen 63-2025-0003-02

Inhaltsverzeichnis

Bescheide / Genehmigungen	
Bauvorbescheid	3
Lagepläne	
Lageplan und Schnitt	7



Hansestadt Lüneburg • Postfach 25 40 • 21315 Lüneburg

Landkreis Lüneburg Herrn Detlef Beyer Auf dem Michaeliskloster 4 21335 Lüneburg

Fachbereich Stadtentwicklung Bereich Bauaufsicht/Denkmalpflege

Gebäude: Neue Sülze 35

Raum: 2.06

2: 04131 309 - 4702 **3:** 04131 309 - 3585

□: Berutha.Schuette@stadt.lueneburg.de

Ansprechpartner: Berutha Schütte

Telefonische Sprechzeiten:

Dienstag, Donnerstag und Freitag 8:30 – 12:00 Uhr

Sprechzeiten: Termine nach Vereinbarung

06.05.2025

Bauvorbescheid

Verfahrensart: Erteilung eines Bauvorbescheides

(63)

Eingang am: 14.01.2025

Aktenzeichen: **63-2025-0003-02**

Bauherr/-in: Landkreis Lüneburg, Auf dem Michaeliskloster 4, 21335 Lüneburg

Entwurfsverfasser/-in: Detlef Beyer, Auf dem Michaeliskloster 4, 21335 Lüneburg

Baugrundstück: Neuetorstraße Flur, Flurstück: 5, 128/11, 149/5

Baumaßnahme: Neubau eines Verwaltungsgebäudes

Sehr geehrter Herr Beyer,

auf Ihre Bauvoranfrage Nr. 63-2025-0003-02 vom 14.01.2025 ergeht gemäß § 73 Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in der zurzeit geltenden Fassung nachfolgender

Bauvorbescheid.

Für die von Ihnen geplante o. g. Baumaßnahme wird die Erteilung der erforderlichen Baugenehmigung unter Beachtung der nachfolgend aufgeführten Nebenbestimmungen und Hinweise in Aussicht gestellt.

Das geplante Bauvorhaben ist gemäß § 34 Baugesetzbuch (BauGB) – Zulässigkeit von Vorhaben im Zusammenhang bebauter Ortsteile – zu beurteilen. Danach ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksgröße, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt, die Erschließung gesichert ist. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse müssen gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden.

Hansestadt Lüneburg, Bauvorbescheid 63-2025-0003-02, Seite 3 von 7. Es gilt die digital autorisierte Fassung.

www.lueneburg.de

Telefon 04131 309-0 Telefax 04131 309-3188 (Zentrale) USt-ID: 116086235

Bestandteile dieses Bauvorbescheides sind:

- die mit Sichtvermerken versehenen Bauvorlagen, gegebenenfalls in Gestalt der vorgenommenen Grüneintragungen
- die nachfolgenden Nebenbestimmungen und Hinweise

Nebenbestimmungen:

Planungsrecht

1. Zu der Einzelfrage:

Ist das geplante Vorhaben (einschließlich der neu zu errichtenden Stellplätze) in den beschriebenen Abmessungen und dem skizzenhaften Standort planungsrechtlich zulässig?

Das Vorhaben gliedert sich in die benachbarten, bereits erschlossenen, Baugrundstücke mit direkter Anbindung an die Neuetorstraße ein. Die geplante Nutzung bindet sich in Art und Weise in die bereits bestehende Struktur ein und ergänzt die umliegend bestehende Nutzung durch den Landkreis. Die Erschließung scheint über die Neuetorstraße gesichert.

Um einen weiteren Verlust von Stellplätzen im öffentlichen Raum zu vermeiden, sollten Stellplätze und Zufahrt zur Tiefgarage möglichst über eine Ein-/Ausfahrt erfolgen. Der durch die Planung ausgelöste, erforderliche Stellplatzbedarf ist nicht Teil der planungsrechtlichen Prüfung und ist im Rahmen des Bauantragsverfahrens konkreter zu betrachten.

Um sich dem Planungsziel des Landschaftsplanes zu nähern, sind die Stellplätze entlang der Neuetorstraße einzugrünen. Des Weiteren sind Fassadenbegrünungen und weitere Maßnahmen zur inneren Durchgrünung des Geländes zu prüfen.

Seit der Bauvoranfrage aus dem Jahr 2000 sind jedoch weitere Aspekte hinzugekommen, die zu beachten und abzustimmen sind. Grundsätzlich ist der Bauvoranfrage für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes nichts Wesentliches entgegen zu stellen, auf die heutige Situation abgestimmte Alternativen sollten dennoch geprüft werden.

Hinweise:

Übergreifende Hinweise

Seit dem 01.01.2025 gilt in Lüneburg die Gehölzschutzsatzung. Diese Satzung ist zu beachten. Diese schützt u.a.: Bäume ab einem Umfang von 70cm, ortsbildprägende Baumgruppen mit einem Baum über einem Umfang von 50cm, heimische Hecken mit mindesten 1,2m x 4m. Auf der geplanten Baufläche wäre vermutlich mindestens ein Baum, der von dieser Satzung betroffen wäre. Zudem sind nach Baumschutzsatzung explizit auf den Gehölzschutz auf Baustellen verwiesen. Weitere Informationen finden Sie unter: https://www.hansestadt-lueneburg.de/sicherheit-und-ordnung/orts-recht.html

- 2. Das Baugebiet liegt im ausgewiesenen Senkungsgebiet von Lüneburg. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bauherrin/der Bauherr das aus diesen Bodenverhältnissen resultierende Risiko selbst tragen muss und das keine Ersatzansprüche aus dieser Baugenehmigung gegen die Hansestadt Lüneburg hergeleitet werden können. Die Standsicherheit anderer baulicher Anlagen und die Tragfähigkeit des Baugrundes der Nachbargrundstücke dürfen durch die Baumaßnahme nicht gefährdet werden.
- Das Baugrundstück liegt im Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschrift 63-08 der 3. Hansestadt Lüneburg. Die Örtliche Bauvorschrift über die Gestaltung von baulichen und technischen Anlagen sowie Werbeanlagen zum Schutz der Altstadt Lüneburgs vom 03.01.2014 (Gestaltungssatzung) ist einzuhalten.
- Das Baugrundstück liegt im Geltungsbereich des Sanierungsgebietes Nr. 9 "Grünband 4. Innenstadt". Die Satzung 61-07 der Hansestadt Lüneburg über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes ist zu beachten. Weitere Informationen finden Sie unter: https://www.hansestadt-lueneburg.de/bauen-und-mobilitaet/sanierungsgebiete.html

Hinweise zum Denkmalrecht

- 5. Das Grundstück befindet sich in der Nähe des Baudenkmals Neuetorstraße 11 +13. Gem. § 8 NDSchG (Niedersächsisches Denkmalschautzgesetz) sind Anlagen in der Umgebung von Baudenkmalen so zu gestalten, dass die Baudenkmale nicht beeinträchtigt werden.
- Das Grundstück befindet sich innerhalb der Lüneburger Stadtbefestigung, die als Bo-6. dendenkmal verzeichnet ist. Die Stadtarchäologie ist zu beteiligen.
- 7. Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich der Gestaltungssatzung der Altstadt Lüneburg. Die Anforderungen der Gestaltungssatzung sind zu berücksichtigen.

Allgemeine Hinweise

- Der Bauvorbescheid erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach seiner Ertei-8. lung der Bauantrag gestellt wird. Die Frist kann auf schriftlichen Antrag um jeweils höchstens drei Jahre verlängert werden (§ 71 der Niedersächsischen Bauordnung). Der Antrag ist vor Fristablauf bei der Bauaufsichtsbehörde einzureichen.
- Ich weise darauf hin, dass das Bauvorhaben in der Hauptsache nach planungsrechtli-9. chen Gesichtspunkten beurteilt wurde. Eine bauordnungsrechtliche Prüfung kann erst nach Vorlage eines endgültigen Bauantrages erfolgen. Auflagen, die sich erst bei der näheren Prüfung des Bauantrages ergeben sollten, bleiben vorbehalten.

Dieser Bescheid ist kostenpflichtig. Die Gebühren werden durch einen gesonderten Gebührenbescheid erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch gegeben. Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe bei der Hansestadt Lüneburg in 21335 Lüneburg einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

Schütte

(Dieses Dokument ist elektronisch erstellt und gilt ohne Unterschrift)

